

Zeitschrift: Emanzipation : feministische Zeitschrift für kritische Frauen
Herausgeber: Emanzipation
Band: 22 (1996)
Heft: 2

Artikel: Stadt Bern: Familienarbeit macht sich bezahlt
Autor: cb
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-361918>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

gen für Frauen in Parlament, Regierung und Bundesbehörden – damit es nicht bei einer rein formalen Gleichbehandlung der Geschlechter und damit bei einer faktischen Benachteiligung der Frauen bleibe. Die Kommission setzt sich zudem für soziale Grundrechte ein. Nach Ansicht der Frauenkommission sollen alle Personen im erwerbsfähigen Alter ihren Unterhalt durch bezahlte Arbeit zu angemessenen Bedingungen bestreiten können. Die gesellschaftlich notwendige Nichterwerbsarbeit müsse von beiden Geschlechtern geleistet werden. Weiter fordert die Kommission, Lebensgemeinschaften, die auf Dauer angelegt seien, gleich zu behandeln wie die Ehe. Und da die Menschenrechte für Männer und Frauen gälten, hätten die wegen ihres Geschlechts verfolgten Frauen Recht auf Schutz und Asyl.

Berner SVP-Frauen powern

sw. Dass die Schweizerische Volkspartei SVP nicht gerade durch Frauenfreundlichkeit glänzt, ist sattsam bekannt. Rund zwanzig SVP-Frauen im Amt Bern haben davon nun genug: Sie gründeten eine eigene Sektion. Zweck der Sektion «SVP Frauen Amt Bern» ist es laut Statuten, die Frauenförderung selber an die Hand zu nehmen. Die Miteinander-Politik sei gescheitert, der gemeinsame Weg mit den Männern habe die Frauen nicht weitergebracht – so lautet die Analyse. Mit verschiedenen Aktionen (Aufbau eines Netzwerkes, konkrete Frauenförderungsmassnahmen bei lokalen Wahlen, Kandidatinnen-schulung, Frauenpodien) sollen nun die SVP-Frauen an der Basis wachgerüttelt werden. Inhaltlich konzentrieren sich die (zumindest halbwegs) dissidenten SVP-Frauen auf die Bereiche Mutterschaftsversicherung, Blockzeiten an Schulen, neue Familienmodelle und Schaffung von Teilzeitstellen. «Wir müssen erreichen, dass die SVP-Frauen endlich Frauen wählen und sich zutrauen, selber in die Politik einzusteigen», ist Elisabeth Wieland, Präsidentin der neuen Sektion, überzeugt.

Quelle: Der Bund, 22.2.96

Stadt Bern: Familienarbeit macht sich bezahlt

cb. Wenn Frauen wieder in die Erwerbsarbeit einsteigen, dann soll jahrelange Haus-, Erziehungs- und Betreuungsarbeit nicht länger als Leerstelle in der Biografie abqualifiziert, sondern vielmehr aufgewertet werden. Diese alte Forderung setzt die Berner Schuldirektorin Joy Matter jetzt in die Tat um. Bei der Neubesetzung von Verwaltungsstellen in ihrer Direktion entscheiden präzise Kriterien über die Höhe des Anfangslohns. Hat eine Person Kindererziehung, Betreuungs- und Hausarbeit während maximal zehn Jahre geleistet, wird ein volles «Erfahrungsjahr» einem vollen Dienstjahr gleichgesetzt und angerechnet. Neben der Arbeit im Familienbereich können auch Aktivitäten im Sozialbereich, in Vereinen, Verbänden, Parteien, im Ökobereich oder als Tagesmutter, Aufgabenhilfe usw. berücksichtigt werden. Für die Anrechnung solcher Tätigkeiten müssen die BewerberInnen sogenannte Schlüsselqualifikationen erfüllen. Diese sind in vier Bereiche unterteilt: Soziale Kompetenz (Einfühlungsvermögen, Teamfähigkeit, Verantwortungsbewusstsein), leistungsrelevante Kompetenz (Belastbarkeit, Lernfähigkeit, Organisationstalent), kreative Kompetenz (Initiative, Flexibilität) und Kompetenz zur Krisenbewältigung (Verhandlungsfähigkeit, Problem- und Stressbewältigung). In einem Gespräch wird ermittelt, ob die/der BewerberIn aus diesen vier Bereichen mindestens sechs Eigenschaften vorweisen kann.

Die Richtlinien sind seit dem 1. Februar in Kraft. Nach einer zwölf- bis achzehnmonatigen Versuchszeit werden die Ergebnisse vom Personalamt ausgewertet. Dann wird die Regelung allenfalls auch in anderen städ-

tischen Verwaltungen zur Anwendung gelangen. Dank diesem Novum erhalten Wiedereinsteigerinnen künftig mehr Lohn. Ihre Chancen aber, überhaupt eingestellt zu werden, bleiben dieselben. Es sei denn, die Befürchtung bewahrheitete sich, die der Leiter des städtischen Personalamtes anlässlich der Pressekonferenz äusserte: Dass nämlich Wiedereinsteigerinnen plötzlich aus Kostengründen nicht angestellt würden – weil sie in eine zu hohe Lohnklassen kämen.

Frauen stimmen grüner, sozialer, armeekritischer

sw. Bei den meisten Volksabstimmungen auf nationaler Ebene sind die Unterschiede zwischen den Geschlechtern gering. Eine Auswertung des GfS-Forschungsinstituts listet jedoch 14 Abstimmungen auf, bei denen das Geschlecht den Ausschlag für ein Ja oder ein Nein gab. Viermal erkämpften die Frauen ein Ja: beim neuen Eherecht, beim Kernkraftmoratorium, bei der Alpeninitiative und beim Antirassismugesetz. Dreimal gaben Frauenmehrheiten den Ausschlag zum Nein: bei der Fristenlösung (!), der Herabsetzung des Stimm- und Wahlrechtsalters auf 18 Jahre und bei der Lockerung der Lex Friedrich (aber weniger aus fremdenfeindlichen Gründen denn aus ökologischen Überlegungen, so das GfS-Institut laut «Tages-Anzeiger»). Umgekehrt vermässelten die neinsagenden Männer den mehrheitlich ja sagenden Frauen – unter anderem – den Ausstieg aus der Atomenergie (1990), die Waffenplatz- und die Kleinbauerninitiative sowie die Initiative «Weg vom Tierversuch». Einen Trend hin zu eigenständigerem Stimmverhalten der Frauen sieht das GfS-Institut seit Mitte der achtziger Jahre. Die Frauen hätten den Wertewandel – hin zu vermehrter Ökologie und zum Schutz des Menschen – schneller und stärker vollzogen als die Männer.

Quelle: Tages-Anzeiger, 7.2.96